

Campus Thüringen – Zukunft per Kooperation

Einladung zur Diskussion über das Gutachten zur Hochschulentwicklung in Thüringen

Nachdem der von der Landesregierung schon lange angekündigte Hochschulentwicklungsplan immer noch auf sich warten lässt, hat jetzt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine Studie mit dem Titel „Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation“ sowohl im Rahmen eines Pressegesprächs als auch mit der Livestream-Übertragung einer ersten Diskussion dazu in der Fraktionssitzung öffentlich vorgestellt. Dabei geht die ausdrückliche Einladung an alle Akteure und Interessierten, in den nächsten Wochen und Monaten ihre Meinung zu sagen und sich in die Diskussion einzubringen.

Nach den ersten Veröffentlichungen in der Thüringer Presse begann bereits eine heiße Debatte, die darin gipfelte, dass die SPD und der LINKEN unterstellte, sie wolle Kürzen und Streichen. „Als wenn schon die Diskussion gefährlich wäre“, wie Bodo Ramelow reagierte. Dabei ist an keiner Stelle der Studie von Schließungen von Einrichtungen die Rede, vielmehr geht es um die Fortentwicklung der Thüringer Hochschullandschaft und darum, eine wirkliche „Perspektive durch Kooperation zu eröffnen“, betonte Dr. Karin Kaschuba, wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Es sei „allerhöchste Zeit, dass die öffentliche Debatte“ dazu geführt werde.

Thüringer Hochschulen werden schon seit Jahren unterfinanziert

„Wir haben die Außensicht gewollt“ bei den notwendigen Überlegungen zu den Zukunftsstrukturen in Thüringen, so Bodo Ramelow zur Vorstellung der Studie in der Fraktionssitzung. Denn „wenn wir nicht diskutieren, erleben wir nur Spar- und Streichorgien, die keine Ansätze für Neues bieten“. Er unterstrich die auch im Gutachten hervor-

gehobene Notwendigkeit, „mit Beginn der kommenden Legislaturperiode eine Enquete-Kommission Thüringer Hochschulentwicklung 2030“ einzusetzen.

„Die Thüringer Hochschulen werden schon seit vielen Jahren unterfinanziert“, erneuerte Susanne Hennig-Wellsow, bildungspolitische Sprecherin und Landesvorsitzende der LINKEN, die grundsätzliche Kritik. Dabei sei die vom Ministerium vorgesehene Steigerung der Hochschulausgaben im Zeit-

institutionelle Kooperation mit der nur 40 Kilometer entfernten Fachhochschule Harz (Sachsen-Anhalt) vorgeschlagen – entweder als Hochschulverband, was die Minimalvariante sei, oder als länderübergreifende Hochschule Harz-Nordhausen (Maximalvariante) nach dem Modell der niedersächsischen Technischen Hochschule.

Und Erfurt und Weimar könnten bei verbesserter Zusammenarbeit eine Wissenschaftsregion bilden. Dafür



Beim Pressegespräch (v.l.): Susanne Hennig-Wellsow, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Landesvorsitzende der LINKEN, Christian Schaft und Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Autoren der unabhängigen Studie, und Dr. Karin Kaschuba, wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Foto: P. Lahn

raum von 2016 bis 2020 um vier Prozent das Mindeste, reiche aber immer noch nicht aus, um die Situation für Beschäftigte und Studierende tatsächlich zu verbessern.

Es gehe um sinnvolle Strukturentscheidungen und Herausforderungen, denen sich die neue Landesregierung zu stellen habe, hatte Prof. Benjamin-Immanuel Hoff, der zusammen mit Christian Schaft das Gutachten erarbeitet hat, betont. So wird im Gutachten beispielsweise für die Fachhochschule Nordhausen, die jüngste Hochschul-Neugründung in Thüringen, eine

wird u.a. vorgeschlagen, dass die vier Hochschulen ihre Ressourcen in drei fachlichen Schwerpunkten zusammenführen (Architektur-Urbanistik-Bauen, Kommunikation-Kunst-Design, Bildung-Erziehungswissenschaften-Lehrerbildung).

A. Rudolph

Das komplette Gutachten (235 Seiten) kann ebenso wie eine Kurzfassung (20 Seiten) auf der Internetseite der Fraktion unter www.die-linke-thl.de eingesehen werden.

VON A BIS Z:

Berufsabschlüsse

Das jetzt im Landtag beschlossene Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen hat nach Ansicht der migrationspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger, „erhebliche Mängel und nicht unrelevante Schwächen. Es stellt nicht den Migranten oder die Migranten mit ihren individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten in den Mittelpunkt, sondern rein inländische ökonomische Interessen. Das heißt, dem Gesetzentwurf geht es ausschließlich darum, Menschen und ihre Potentiale ökonomisch besser zu verwerten“.

Es entspricht nicht der Lebensrealität, im Bereich der nicht-reglementierten Berufe berufspraktisch erworbene Qualifikationen als Grundlage für die Anerkennung auszuschließen und die Möglichkeit der Nachqualifizierung im Gesetz selbst nicht zu eröffnen. So müssen Menschen, die die fachliche Kompetenz nachweisen können, in der Regel die Arbeit entsprechend ihrer Qualifikation ausüben, aber nicht entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt werden. „Weltoffen zu sein, erfordert neben der individuellen Anerkennung von Lebensleistungen auch anzuerkennen, dass Erwerbsbiografien in Ländern außerhalb der Europäischen Union auch anders strukturiert und organisiert sind.“ LINKE und Grüne hatten gemeinsam einen Änderungsantrag vorgelegt, der die Konsequenzen aus dem seit April 2012 geltenden Bundesgesetz erkennt und zudem die Ergebnisse der parlamentarischen Anhörung berücksichtigt. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode sind für die Zeit vom 21. bis 23. Mai, vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli anberaumt.

Vorankündigung:

Zu ihrem Jahresempfang lädt die Fraktion DIE LINKE am Dienstag, den 8. Juli, 17 Uhr, in den Innenhof des Thüringer Landtags ein. Als Hauptredner wird auch in diesem Jahr wieder Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, erwartet.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen: www.die-linke-thl.de

Bildungsfreistellung

Abgelehnt hat der Landtag den Gesetzentwurf der LINKEN für ein Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz. Die Fraktion hatte im Juni 2013 den vom Kultusministerium bereits erarbeiteten, aber von der CDU blockierten, Gesetzentwurf eingebracht, der seitdem ebenso wie ein Entwurf der Grünen (bereits mehr als zwei Jahre alt) im Ausschuss lag. Beide Gesetzentwürfe standen auf der Tagesordnung. Das bisherige Verfahren stellt einen Bruch des Koalitionsvertrages dar: Die SPD war mit dem Bildungsfreistellungsgesetz in den letzten Wahlkampf gezogen und ein solches Gesetz ist auch im Koalitionsvertrag verankert. Thüringen ist derzeit eines von nur vier Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz. ■

Gedenken

„Es braucht einen gesellschaftlichen Dialog, wie die Erinnerung an dieses verbrecherische Kapitel deutscher Geschichte angesichts der nur noch wenigen lebenden Zeitzeugen auch in Zukunft lebendig gehalten werden kann. Es ist unsere Verantwortung, der NS-Opfer zu gedenken und im Wissen um die menschenverachtende Macht neonazistischer Ideologie der Verbreitung antisemitischer, rassistischer und nationalistischer Einstellungen aktiv entgegenzutreten“, hatten der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, und Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Landesvorsitzende, anlässlich des 69. Jahrestags der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora gesagt. ■

Medienanstalt

Die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) in Erfurt besuchten Bodo Ramelow und André Blechschmidt. Die Abgeordneten informierten sich über aktuelle Entwicklungen in der Medienwelt und damit zusammenhängende Fragen der Regulierung und Aufsicht im Gespräch mit dem Direktor der TLM, Jochen Fasco, bei dem u.a. die Bedeutung von Bürgermedien im Mittelpunkt stand. Im Thüringer Medienbildungszentrum der TLM wurden Medienprojekte mit Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie Fortbildungsmöglichkeiten für Pädagogen vorgestellt. Dabei war auch Zeit für einen Erfahrungsaustausch mit TMBZ-Mitarbeitern, bei dem es u.a. um die Vermittlung von Medienkompetenz ging. ■